

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

87. Sitzung
17. März 2021

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 19.06 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen der Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker verweist auf den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der CDU-Fraktion rote Nr. 3385 C zu Tagesordnungspunkt 2 – Stichworte: Gesamtkonzept Soforthilfe 2021 – sowie den als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP rote Nr. 3422 A zu Tagesordnungspunkt 6 – Stichworte: Gesetz zur Sicherstellung der personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung gemäß erster und zweiter Mitteilung zur Einladung sowie der Konsensliste zu und beschließt ohne Aussprache auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, Tagesordnungspunkt 3 – Stichworte: Vorläufiger Jahresabschluss 2020 –, Tagesordnungspunkt 7 – Stichworte: Schallschutz am BER –, Tagesordnungspunkt 9 – Stichworte: DFFB, Wirtschaftsplan 2021 –, Tagesordnungspunkt 23 – Stichworte: LSFB-Errichtungsgesetz – und

Tagesordnungspunkt 37 a bis c – Stichworte: Schaffung von Wohnraum – zur Sitzung am 14. April 2021 zu vertagen.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**
- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Schreiben SenFin – II F 2 – vom 08.02.2021 [3385](#)
Haupt
 - 1. Sachstandsbericht: Verwendung nicht abgeflossener Mittel für Corona-Hilfsmaßnahmen aus dem sog. 500-Mio.-Paket des 1. Nachtragshaushalts 2020**
 - 2. Zustimmung zur Entnahme aus der Rücklage** gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021
(in der 85. Sitzung am 17.02.2021 zur Sitzung am 17.03.2021 vertagt)
- b) Schreiben Senat von Berlin – Fin II F – vom 04.03.2021 [3385 B](#)
Haupt
 - Gesamtkonzept Soforthilfe 2021 zur Neuverteilung von insgesamt 500 Mio. € aus Mitteln für Corona-Hilfsmaßnahmen**
 - 1. Kenntnisnahme des Berichts**
 - 2. Zustimmung zur Entnahme aus der Rücklage**
 - 3. Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre** zu 1. (Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021), zu 2. gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021
- c) **Änderungsantrag der Fraktion der CDU** [3385 C](#)
Haupt
(als Tischvorlage verteilt)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A – vom 09.03.2021
Vorläufiger Jahresabschluss 2020
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 20.01.2021)

[0081 T](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vertagt zur Sitzung am 14. April 2021 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I F – vom 22.02.2021
Liquiditätsbericht IV. Quartal 2020
gemäß Auflagen B. 98 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

[0010 S](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0010 S ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Bericht SenFin – II LIP – 08.02.2021
Fortschreibung der Baumittellisten – BIM
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)
- b) Bericht SenUVK – Z F 22 – vom 19.01.2021
Fortschreibung Baumittelliste Tiefbau
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)
- c) Bericht SenStadtWohn – Z F 11 – vom 25.01.2021
Fortschreibung Baumittelliste Hochbau (BML-H
2020/2021)
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)

[1902 E](#)
Haupt

[3241 A](#)
Haupt

[1902 D](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1902 E, 3241 A und 1902 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der [3422](#)
Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Haupt
Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3440
**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der [3422 A](#)
CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis Haupt
90/Die Grünen und der Fraktion der FDP
(als Tischvorlage verteilt)

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet um einen Bericht des Senates bis Jahresende, der die bis dahin gemachten Erfahrungen mit dem Gesetz und mögliche Probleme und Chancen im Falle einer Aufhebung von dessen Befristung aufführe.

Christian Goiny (CDU) regt an, der angesprochene Punkt möge erst in der folgenden Legislaturperiode noch einmal aufgerufen werden, wenn das ganze Jahr im Rückblick betrachtet werden könne, möglichst mit Gewerkschaften und Verwaltung. Die CDU-Fraktion erwarte, dass Personalräten im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes Laptops oder andere Endgeräte zur Verfügung gestellt würden, da häusliche Geräte aus Gründen des Datenschutzes häufig nicht eingesetzt werden sollten.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski hält fest, es werde dem Parlament der 19. Legislaturperiode obliegen, das Thema nach den Wahlen erneut anzumelden.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag rote Nr. 3422 A zuzustimmen. Sodann beschließt er, dem Abgeordnetenhaus die Annahme des Antrags Drucksache 18/3440 in der soeben geänderten Fassung zu empfehlen. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [3424](#)
Drucksache 18/3409 Haupt
**Ein neues Konzept zur Umsetzung des
Schallschutzes am BER!**

Vertagt zur Sitzung am 14. April 2021 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Bezirke

Vertrauliches Schreiben BA Pankow – BzStR – vom
03.03.2021

Abschluss eines Mietvertrages

gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3436](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob es bereits zeitliche Perspektiven für den geplanten Umzug der Bibliothek in das Pankower Tor gebe.

Sibylle Meister (FDP) erkundigt sich, weshalb bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ein Standort in Mitte zum Vergleich herangezogen worden sei, der mit sehr hohen Kosten verbunden sei.

Bezirksstadtrat Dr. Torsten Kühne (BA Pankow) führt aus, er könne keine Prognose für die Dauer des Umzugs in das Pankower Tor abgeben. Eine Umsetzung vor Ablauf einer Zehnjahresfrist sei jedoch nicht zu erwarten. Für den Fall eines unerwartet schnellen Umzugs seien Vorkehrungen getroffen worden, indem in der Vertragsverlängerung die Möglichkeit der Unterbringung anderer Einrichtungen des Amtes für Weiterbildung und Kultur im Jüdischen Waisenhaus vorgesehen sei. So sei auch das Gebäude der hierfür bereitstehenden Volkshochschule dringend sanierungsbedürftig.

Der Standort Schönhauser Allee sei in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung als Vergleichspunkt gewählt worden, weil sich dort die zweitgrößte Pankower Bibliothek befinde, weiterhin lägen beide Bibliotheken sehr verkehrsgünstig direkt an S-Bahnhöfen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3436 wie beantragt zuzustimmen und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 9 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – ZS B 11 – vom 05.11.2020

Deutschen Film- und Fernsehakademie Gesellschaft mit beschränkter Haftung hier: Wirtschaftsplan 2021

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3253](#)

Haupt

Vertagt zur Sitzung am 14. April 2021 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 10 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – I B M 1 – vom 03.02.2021 [3221 A](#)
Filmförderung, Kinos und Filmfestivals in der Haupt
Pandemie
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)

Bei TOP 2 b) – Maßnahme 9 „VFX-Förderung“ – beraten und zur Kenntnis genommen.

Punkt 11 der Tagesordnung

- a) Bericht RBm-SKzl – V C – vom 14.12.2020 [0403 F](#)
Perspektiven des Botanischen Gartens hinsichtlich Haupt
Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsarbeit
sowie Investitionen in Bestandsgewächshäusern
(Berichtsauftrag aus der 60. Sitzung vom 01.11.2019)
- b) Schlussbericht RBm – Skzl – V C – vom 26.01.2021 [3084 B](#)
Botanischer Garten Haupt
hier: Projekte und Maßnahmen im Bereich
Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 65. Sitzung vom 27.11.2019)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 12 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – V C – vom 12.02.2021 [3393](#)
Berliner Journalistenschule Haupt
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)

Christian Goiny (CDU) schlägt vor, der Bericht solle vor dem Hintergrund weiterer Gespräche zu dem Thema dem Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt werden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski stellt fest, es gebe keinen Widerspruch; es werde entsprechend verfahren.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3393 zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung

- a) Bericht RBm-SKzl – V D – vom 29.11.2020 [0141 J](#)
Charité – Universitätsmedizin Berlin
hier: Fortschreibung der
Gesamtentwicklungsplanung
gemäß Auflage B. 22 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Haupt

- b) Bericht RBm-SKzl – V D – vom 27.11.2020 [2467 D](#)
Charité – Universitätsmedizin Berlin
Fortschrittsbericht zum Stand der Baumaßnahme
Sanierung Behandlungsbau, Komplettierung OP-
Ebene, CBF
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
Haupt

- c) Bericht RBm-SKzl – V D – vom 11.01.2021 [0967 I](#)
Charité – Universitätsmedizin Berlin
Fortschrittsbericht zum Stand der Baumaßnahme
Neubau Forschungsgebäude „Der Simulierte
Mensch“, CVK
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 27.05.2020)
Haupt

- d) Bericht RBm-SKzl – V D – vom 29.10.2020 [2653 B](#)
Finanzierung der Baumaßnahmen des
Herzzentrums Berlin
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 12.02.2020)
Haupt

- e) Bericht RBm-SKzl – V D / V E – vom 02.03.2021 [3435](#)
Strategieplanung 2030 der Charité –
Universitätsmedizin Berlin (Charité)
(Investitionen und neue Schwerpunktsetzung/
Gesamtentwicklungsplanungen)
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zu TOP 13 a um eine Folgebericht zur Fortschreibung der Gesamtentwicklungsplanung, der insbesondere die sich ergebenden Investitionsbedarfe beschreibe. In diesen Bericht möge der in der Vorlage angesprochene Stand der Flächennutzung und des Flächennutzungsmanagements für alle Standorte sowie die hierfür prognostizierten Mittelbedarfe integriert werden. Auch eine Information über dann deutlich werdende Differenzen zu der bisherigen Investitionsplanung sei wünschenswert. – Im Bericht heiße es, „zur Sicherstellung der künftigen Finanzierung der strategischen Entwicklung der Charité“ seien „frühzeitig Finanzierungsbeteiligungen Dritter zu erschließen.“ Könne hierzu bereits eine Aussage getroffen werden? Seien mit „Dritter“ weitere Akteure außer dem Bund gemeint?

Im Bericht zu TOP 13 b würden sich abzeichnende Vergabeerfolge und mögliche Budgetüberschreitungen in anderen Vergabeeinheiten sowie Auffangmöglichkeiten thematisiert.

Könnte der Senat die konkreten Budgetüberschreitungen nennen bzw. diese schätzen? Worum handele es sich bei den auffangenden anderen Vergabeeinheiten?

Mit Bezug auf TOP 13 d möge der Senat dem Ausschuss eine Gesamtübersicht aller aktuell laufenden oder geplanten Investitionen mit Kofinanzierung aller Einzelpläne zur Verfügung stellen, die einen Überblick über alle bereits eingegangenen und sich abzeichnenden Haushaltsbindungen gewähre.

Christian Goiny (CDU) schließt sich der Berichtsbitte des Abgeordneten Schlüsselburg zu TOP 13 d an, wobei er aber vorschläge, die Charité gesondert zu behandeln. In den vergangenen Jahren habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass in die Charité als Aushängeschild Berlins investiert werden müsse; dies müsse für alle Standorte gelten. – Die CDU-Fraktion bitte um einen Folgebericht zur personellen Ausstattung der Charité, auch hinsichtlich des Pflegepersonals, und die Ausstattung von Forschungsprojekten, insbesondere unter den Bedingungen der Coronapandemie.

Die damalige rot-schwarze Koalition habe in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, dass am Benjamin-Franklin-Klinikum eine neue Rettungsstation entstehen solle, an der Forschung und Telemedizin berücksichtigt werden sollten. Dieser Prozess sei durch die gegenwärtige Regierung mit dem Hinweis, es sei notwendig, dass sich zunächst der neue Vorstand zu einem Gesamtkonzept entschieße, gestoppt worden. Die Modernisierung der bestehenden Rettungsstelle sei lediglich „bestandswahrend“. Mit der Modernisierung des Hubschrauberlandeplatzes sei die Möglichkeit geschaffen worden, insbesondere im Bereich der Unfallmedizin einen Schwerpunkt zu setzen, was eine weitere Modernisierung der Rettungsstelle besonders sinnvoll erscheinen lasse. Auch zur Planung in diesem Bereich an allen drei Standorten möge im Folgebericht Stellung genommen werden.

Weiterhin möge der Senat einen Folgebericht zur Standortentwicklung des Forschungsstandortes in der Krahmerstraße 6 am Benjamin-Franklin-Klinikum vorlegen. Die Politik müsse sich hier klar zum Wissenschafts- und Forschungsstandort bekennen. Welche inhaltlichen Konzepte plane die Charité hier?

Sibylle Meister (FDP) äußert sich skeptisch bezüglich des Optimismus ihrer Vorredner, dass Investitionen in großem Maßstab künftig weiterhin möglich sein würden. Die rote Nr. 3435 besage, „die Umsetzung der Strategieplanung der Charité“ stehe „unter Finanzierungsvorbehalt“, was sie unterstütze. Zwar seien Investitionen in die Wissenschaft unstreitig sinnvoll, doch sei eine nähere Aufschlüsselung der nächsten gangbaren Schritte notwendig; eine solche möge bitte in den vom Abgeordneten Schlüsselburg angeregten Bericht aufgenommen werden. Inwieweit fänden sich die Kosten in der mittelfristigen Investitionsplanung wieder? Wo liege nach Einschätzung des Senats der Schwerpunkt?

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, ob die in der roten Nr. 2653 B erwähnte Finanzierungsbeteiligung des Bundes an den Baumaßnahmen des Herzzentrums in Höhe von 100 Mio. Euro gesichert sei. Wie schätze der Senat die Wahrscheinlichkeit ein, dass die Stiftung Deutsches Herzzentrum Berlin, anders als im Bericht dargestellt, doch Geld werde zuschießen müssen? – Gebe es in den Zeitabläufen weiterer Maßnahmen wie der Erneuerung der Infrastruktur Süd ab 2022 coronabedingte Verzögerungen?

Betreffe die in den Medien berichtete Abwanderung von Pflegekräften auch Charité und Vivantes? Falls dem so sei, in welchen Größenordnungen trete das Phänomen auf, und welche Konsequenzen habe dies für die Pflege? Auch hierzu möge der Senat einen Bericht vorlegen.

Torsten Schneider (SPD) äußert sich lobend über die Transparenz, die der Senat herstelle. Der Verzicht auf eine Kofinanzierung des Herzzentrums durch die Stiftung werde zu gegebener Zeit zu beraten sein. Wichtig sei, das „Große und Ganze“ zu reflektieren: Der Haushalt stehe gegenwärtig unter Druck und werde dies auch auf absehbare Zeit weiterhin tun, weshalb es selbst „Weltplayern“ wie der Charité, aber auch Akteuren anderer Sektoren bevorstehe, sich in eine politische Gesamtbetrachtung einordnen zu müssen. Momentan sei nicht abschließend einzuschätzen, was in wenigen Jahren prioritär sein werde. Auch wenn bestimmte Maßnahmen grundsätzlich gebilligt würden, dürfe es keine Vorfestlegungen geben. Alle Bereiche müssten sich in eine Gesamtabwägung einordnen, die künftig schwieriger werde.

Steffen Zillich (LINKE) stimmt dem Abgeordneten Schneider dahingehend zu, dass eine Schwerpunktesetzung bezüglich der Finanzierungen verschiedener Vorhaben werde erfolgen müssen. Um eine solche vornehmen zu können, sei ein Abgleich der Strategieplanung 2030 der Charité mit der Investitionsplanung erforderlich, die der Senat bitte vorlegen möge.

Christian Goiny (CDU) unterstreicht, auch die CDU-Fraktion wolle keine Vorfestlegungen treffen. Es sei begrüßenswert, dass konkrete Zahlen vorgelegt worden seien; dass diese in der folgenden Legislaturperiode noch zu unterlegen seien, stehe außer Frage, ebenso wie die Tatsache, dass es zu Abwägungen im Rahmen des politischen Wettstreits kommen werde. Die CDU begrüße aber die Planungen des Charité-Vorstandes und die Vorlagen des Staatssekretärs Krach.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erklärt, mit der vorgelegten Strategieplanung seien selbstverständlich keine Vorfestlegungen verbunden. Bezüglich der Finanzierungsbeteiligung Dritter hoffe der Senat in der Tat auf Bundesmittel, die über Anträge für Forschungsbaumaßnahmen nach Art. 91b GG eingeworben werden sollten; dabei sei eine Finanzierung von jeweils 50 Prozent durch Bund und Land vorgesehen. Andererseits strebe man an, einseitig zur Verfügung gestellte Investitionsmittel des Bundes zu erhalten, wie dies erstmalig bundesweit beim DHZB in Höhe von 100 Mio. Euro gelungen sei. Gegenwärtig sei eine Beteiligung privater Dritter nicht ohne Weiteres möglich; ob sie künftig eingebunden werden könnten, bleibe abzuwarten. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfes an der Charité bemühe man sich um verschiedene Einnahmequellen.

Die Frage nach den Budgeterhöhungen werde in einem Folgebericht beantwortet. Kofinanzierungen bestünden überwiegend nach Art. 91b GG, an der Charité handele es sich dabei um das BeCAT – Berlin Center for Advanced Therapies –, für das die Hälfte der benötigten rund 30 Mio. Euro aus Bundesmitteln stamme, sowie „Der Simulierte Mensch“, für den insgesamt ca. 34 Mio. Euro anfielen und der ebenfalls hälftig von Bund und Land finanziert werde. Darüber hinaus befinde sich die Ansiedlung zweier Fraunhofer-Institute in Berlin in Planung, deren Finanzierung zu 90 Prozent vom Bund übernommen werde.

Die personelle Ausstattung der Charité sei aufgrund von deren Attraktivität als Arbeitgeberin in vielen Bereichen sehr gut; wie in allen Krankenhäusern gebe es allerdings Schwierigkeiten

im Bereich der Pflege. Auch hier sei die Fluktuation aber sehr gering, ebenso wie im Bereich der Hebammen. Um auch dort dem bundesweiten Mangel entgegenzusteuern, solle ein gemeinsamer Bildungscampus von Charité und Vivantes ins Leben gerufen werden. Außerdem sei an Charité, Alice-Salomon-Hochschule und Evangelischer Hochschule ein neuer Studiengang zur Pflegekräfteausbildung etabliert worden; ebenso seien die Kapazitäten bei den Ausbildungsplätzen an der Charité in der laufenden Legislaturperiode deutlich erhöht worden, um mittelfristig mehr Pflegekräfte zur Verfügung zu haben. In den meisten Fällen gelinge es bereits heute, ausreichend Pflegekräfte einzustellen bzw. zu beschäftigen.

Die geplante Rettungsstelle am CBF sei fraglos sinnvoll. Es müssten noch Fragen in Zusammenhang mit dem Denkmalschutz geklärt und ein Wettbewerb durchgeführt werden. Die Etablierung der neuen Rettungsstelle sei aber weiterhin Bestandteil der Strategieplanung. – Bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des CBF habe der Fokus in vergangenen Jahren auf der Geriatrie gelegen, was weiterentwickelt werden solle. Dabei handele es sich um einen Teil der Strategieplanung, die nicht nur aus der Summe der investiven Mittel, sondern auch einer neuen inhaltlichen Ausrichtung aller Standorte bestehe. Das für den CBF geplante Fraunhofer-Institut passe mit seinem Schwerpunkt auf Allergologie zu der angedachten Ausrichtung. Der Schwerpunkt des Standortes Mitte solle unter anderem auf der Neurologie liegen, der in Virchow auf der Onkologie.

Die Finanzierung dieser Strategie stehe, wie auch in der Planung vermerkt, unter dem Vorbehalt des Haushaltsberatungen. Von der bis 2030 zur Sanierung benötigten Summe von rund 1 Mrd. Euro sei ein Teil bereits in der Investitionsplanung berücksichtigt. In Abhängigkeit von der Höhe der Differenz zwischen der insgesamt benötigten und der dann zur Verfügung stehenden Summe werde man sehen müssen, welche Teile der Strategie tatsächlich umsetzbar seien. Die gesamte Strategie reiche bis 2050.

Die 100 Mio. Euro für das DHZB seien durch den Haushaltsausschuss des Bundestages zugesichert und böten die Möglichkeit, das Projekt so umzusetzen, wie es bereits lange geplant sei. Coronabedingte Verzögerungen gebe es gegenwärtig nicht; ihr künftiges Auftreten sei selbstverständlich nicht auszuschließen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt mit Bezug auf die rote Nr. 3435, ob der erwähnte Investitionsbedarf von 1 Mrd. Euro „zusätzlich zu den bereits im Investitionspakt Wissenschaftsbauten 2017-2036 vorgesehenen Mitteln“ in dem ebenfalls dort genannten Investitionsbedarf von 6,6 Mrd. Euro bis 2050 bereits enthalten sei.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erwidert, die benannte 1 Mrd. Euro werde bis 2030 benötigt, der Investitionsbedarf bis 2050 betrage insgesamt 6,6 Mrd. Euro.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski fasst zusammen, dem Berichtsauftrag des Abgeordneten Schlüsselburg bezüglich der Gesamtentwicklungsplanung solle bis 9. Juni 2021 entsprochen werden, dem bezüglich der Kofinanzierungsnotwendigkeiten bis 8. September 2021.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert daran, dass er auch darum gebeten habe, zu erwartende Budgetüberschreitungen und Auffangmöglichkeiten aufzuführen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski schlägt vor, auch diese Übersicht möge bis 8. September vorliegen.

Der **Ausschuss** nimmt die roten Nrn. 0141 J, 2467 D, 0967 I, 2653 B und 3435 zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – VI D – vom 11.02.2021
Museum für Naturkunde
Detaillierte Zeitplanung der einzelnen
Baumaßnahmen einschließlich Kostenberechnung
sowie Risikoanalyse und Darstellung von
Risikominimierungsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

[2550 D](#)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, inwieweit das Risiko bestehe, dass aufgrund der laut Bericht noch nicht vorliegenden Risikoanalyse Kosten entstehen könnten, beispielsweise in Hinblick auf Architekturwettbewerbe.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fügt hinzu, dass der nächste Bericht in der Tat bitte eine verbesserte Diskussionsgrundlage liefern möge. Sie schläge vor, das Berichtsdatum zu „9. Juni 2021“ zu ändern, da der Bericht sonst erst in den Sommerferien eingehen werde.

Sibylle Meister (FDP) fragt, ob das Grundstück in Adlershof, auf dem ein Zweitstandort des Museums für Naturkunde entstehen solle, selbigem gehöre. Dass das Museum eine eigene Bauabteilung aufbaue, sei bei der Größe des Projekts sinnvoll; inwieweit befinde es sich dabei im Zeitplan?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, man werde versuchen, den Bericht wie gewünscht bis 9. Juni 2021 vorzulegen. Zur Verzögerung der Vorlage der Risikoanalyse sei es gekommen, weil das Museum für Naturkunde die Mittel aus dem Nachtragshaushalt deutlich später als ursprünglich avisiert erhalten habe. Der Deckel von 660 Mio. Euro sei aber durch Bund und Land festgelegt. Das Grundstück in Adlershof werde angemietet; Konkretes hierzu könne in den Bericht aufgenommen werden. Im Zeitplan sei aufgrund coronabedingter Schwierigkeiten eine leichte Verzögerung festzustellen, was in die Risikoanalyse einfließen werde. Gegenwärtig sei davon auszugehen, dass das Vorhaben in dem avisierten Zeitplan gelingen werde.

Steffen Zillich (LINKE) weist darauf hin, dass sich gerade aufgrund des von Staatssekretär Krach angesprochenen Deckels aus der Risikoanalyse die Notwendigkeit ergeben könnte, den Umfang des Projekts anders zu gestalten. Sei es daher sinnvoll, einen Architekturwettbewerb auszulösen, noch bevor eine solche Risikoanalyse vorliege?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erklärt, die Bauabschnitte seien nach Gebäuden aufgeteilt, und man könne bei absehbarer Nichteinhaltbarkeit des beschlossenen Deckels eine Entscheidung darüber treffen, welches Gebäude nicht saniert werde. Dies könne auch im Laufe

des Wettbewerbsverfahrens noch geschehen. Würde der Wettbewerb angehalten, sei eine weitere zeitliche Verzögerung nicht zu verhindern.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski hält das geänderte Berichtsdatum „9. Juni 2021“ für den Folgebericht fest.

Der **Ausschuss** nimmt die rote Nr. 2550 D zur Kenntnis.

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 15 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP	3154
Drucksache 18/2814	Haupt
Umsetzung des Regenwassermanagements ausweiten und beschleunigen	UmVerk

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/2814 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz abgelehnt werden.

Punkt 16 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – I A 2 / I A 1 – vom 18.02.2021	3416
Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE)	Haupt
Antrag auf Zustimmung zur Entnahme von Restmitteln 2020 aus der Rücklage	
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021	

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3416 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – IV A 3 – vom 15.02.2021	1349 B
Förderprogramm zur Anschaffung von in Berlin genutzten Lastenrädern	Haupt
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre	

Carsten Ubbelohde (AfD) führt aus, die AfD-Fraktion halte den Kauf von Fahrrädern für gewerbliche Anbieter für „an der Realität völlig vorbei“ konzipiert. Dem Bedarf der gewerblichen Nutzer von Mobilität sei viel mehr zu entsprechen, indem dafür Sorge getragen werde, dass der Verkehr in der Stadt so fließe, dass sie ihre Aufgaben rasch und insofern kostenge-

recht erledigen könnten. Das Geld sei daher in Infrastrukturmaßnahmen wie einer Sanierung der Radwege zielführender angelegt.

Sibylle Meister (FDP) merkt an, die Umsetzungskosten von 200 000 Euro für ein Förderprogramm im Volumen von 600 000 Euro seien immens hoch. Wie komme es zu dieser Unverhältnismäßigkeit?

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, Lastenfahrräder stellen für den kleinen Güterverkehr einen zentralen Baustein dar und könnten einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende in Berlin leisten. Nachdem man in der Vergangenheit bereits gute Erfahrungen mit Lastenrädern gesammelt habe, begrüße die Fraktion der Grünen das vorliegende Förderprogramm.

Hendrikje Klein (LINKE) äußert sich ebenfalls erfreut über das Programm; sie schließe sich aber auch den Fragen nach den hohen Abwicklungskosten an. Handele es sich dabei nur um die Abwicklungskosten bei der IBB, deren hohe Stundenlöhne bekannt seien? – Der angesetzte Betrag entspreche wohl einer Bearbeitungszeit von circa drei Stunden pro Antrag, was dann doch keine besonders hohe Zahl sei.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) dankt für die Unterstützung des Förderprogramms, das der Mobilitätswende wie auch der Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs diene. Die von der IBB berechneten Abwicklungskosten befänden sich im Rahmen dessen, was auch andere Dienstleister berechnen würden. Dass sie relativ hoch ausfielen, liege daran, dass es vergleichsweise kleine Summen seien, die gefördert würden. Nach Informationen der Senatsverwaltung betrage der Arbeitsaufwand je Antrag inklusive Nachbereitung und Kontrolle deutlich mehr als drei Stunden, weshalb sie die Summe für gerechtfertigt halte. Auch mit dem Rechnungshof sei das Programm abgesprochen.

Christian Goiny (CDU) fragt, ob der Bearbeitungsanteil der IBB bei den Coronahilfen ebenfalls ein Drittel der Gesamtsumme betrage.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erwidert, er könne diese Frage nicht beantworten.

Christian Goiny (CDU) plädiert für einen Bericht zu dieser Frage. Weiterhin sei es fraglich, ob die IBB der richtige Partner für derartige Projekte sei, wenn sie Mittel in dieser Größenordnung beanspruche.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) gibt zu bedenken, der Arbeitsaufwand pro Antrag sei unabhängig von Fördersumme oder -anlass vergleichbar, weshalb bei kleinen Volumina der Bearbeitungsanteil unvermeidbar relativ hoch sei. Die Frage nach dessen Höhe im Rahmen der Coronahilfen werde an die zuständige Senatsverwaltung weitergegeben werden.

Christian Goiny (CDU) bittet weiterhin um einen Bericht über die Richtlinien der IBB, die der Berechnung ihrer Kosten bei der Umsetzung von Programmen zugrunde lägen. Eventuell müsse die Höhe dieser Kosten bei künftigen Vergaben berücksichtigt werden; einen Anteil von einem Drittel müsse das Parlament als höchst unerfreulich empfinden.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) versichert, auch die Verwaltung sei sehr auf Sparsamkeit bedacht. Die gewünschten Informationen würden nachgeliefert.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich nach einem möglichen Berichtsdatum.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) verspricht, der Bericht werde bis 26. Mai 2021 vorliegen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1349 B wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV B 34 – vom 28.01.2021
Kosten der Farbbeschichtung Fahrradwege
(Berichtsauftrag aus der 58. Sitzung vom 23.10.2019)

[2502 A](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, inwieweit es „nachhaltig“ sei, Radwege mit grüner Farbe zu beschichten, die meist den Winter nicht überstehe, weshalb der Radweg bereits nach einem Jahr saniert werden müsse, was Kosten von rund der zwei Dritteln der Neuanlage eines Radweges verursache.

Christian Goiny (CDU) erklärt, der Bericht sei unvollständig, weil er nicht ausweise, welche Routen auf welcher Länge welche Summe gekostet hätten. Er bitte diesbezüglich um einen Folgebericht. Es vermisse zudem eine Aussage, aus welchen Gründe sich für eine Variante entschieden worden sei. Welche Erfahrungen seien mit der Haltbarkeit der Farbbeschichtung gemacht worden? Die Haushaltsansätze zur Förderung des Fahrradverkehrs sowie zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur seien in erheblichem Umfang nicht abgerufen worden, obwohl die Farbbeschichtung der Fahrradwege teuer gewesen sei. Wenn man es vernünftig anpackt hätte, hätte wesentlich mehr für den Radverkehr getan werden können.

Unter der Hochbahnstrecke entlang der Schlesischen Straße in Kreuzberg hätten im letzten Jahr Arbeiten stattgefunden, nach deren Beendigung die alten Parkhäfen erneut angelegt worden seien. Genau für diese Strecke lägen jedoch Planungen für einen Fahrradschnellweg vor. Weshalb sei dieser Weg nicht zumindest auf dieser Teilstrecke realisiert worden? Er bitte um Erläuterung. – Als Berichtstermin schlage er den Mai vor.

Johannes Werner (CDU) wirft die Frage auf, was Weiteres geplant werde. Welche Fahrradwege sollten mittels welcher Finanzierung realisiert und wie sollten die Wege farblich gestaltet werden?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) sagt zu, dass der erbetene Bericht zur Sitzung am 26. Mai 2021 vorgelegt werde. – Die Aussage, grünbeschichtete Radwege seien bereits nach einem Jahr kaputt, treffe nicht zu. Das Projekt werde über fünf Jahre evaluiert, somit sei die Evaluierung nicht abgeschlossen. Erste Zwischenergebnisse zeigten, dass die Haltbarkeit gut ausgeprägt sei. – Im Jahr 2020 seien die Abstimmungen aufgrund der Pandemiesituation nicht einfach gewesen. – Für die Radbahn unterhalb der U-Bahn-Hochbahntrasse – es handele sich nicht um eine Radschnellverbindung – sei die Machbarkeitsstudie gerade ausgeschrieben worden. Der Senat werde ein Radverkehrsnetz beschließen. Die derzeitigen Entwürfe sähen rund 900 Kilometer Vorrangnetz bis 2030 und insgesamt 3 000 Kilometer Radwege vor. – Das Modell der Grünverbindungen laufe aus und werde ausgewertet.

Christian Goiny (CDU) weist darauf hin, dass für den Radweg unter der Hochbahn in Kreuzberg bereits im Jahr 2015 250 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie in den Haushalt eingestellt worden seien. Er bitte um eine schriftliche Erläuterung, warum die Machbarkeitsstudie erst nach sechs Jahren ausgeschrieben werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht rote Nr. 2502 A sei zur Kenntnis genommen und der erbetene Folgebericht zugesagt.

Punkt 19 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV B 24 – vom 21.01.2021
**Ökologische Baubegleitung Lemkestraße –
Folgebericht**
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)

[2705 C](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2705 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 20 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 32 – vom 26.11.2020
Südring / Südkreuz
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

[2879 A](#)
Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) wendet sich der Aussage in dem Bericht zu, die Deutsche Bahn AG könne keine Stellungnahme zur Elektrifizierung machen, weil das Investitionsbeschleunigungsgesetz noch nicht beschlossen sei. Nunmehr sei es in Kraft getreten, weshalb sie darum bitte, die DB AG erneut um Stellungnahme zu bitten und den Ausschuss mittels eines Folgeberichts über das Ergebnis zu informieren.

Sven Heinemann (SPD) macht darauf aufmerksam, dass das Investitionsbeschleunigungsgesetz bereits Anfang November in Kraft getreten sei, der Bericht hingegen von Ende November stamme. Die Vorlage sei aus seiner Sicht defensiv. Er wolle deshalb vom Senat wissen, wie dieser zum Projekt stehe. Er bitte um einen Folgebericht, für welche Strecken und Projekte im Rahmen von i2030 das Gesetz Anwendung finden könnte. Im Bericht heiße es, das Gesetz könnte angewandt werden und damit ein Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben Elektrifizierung südlicher Berliner Innenring entfallen, sofern keine Kapazitätssteigerungen damit verbunden seien. Er sei bislang davon ausgegangen, dass eine Anwendung davon abhängig sei, dass neben der Elektrifizierung auch die Geschwindigkeit erhöht werde. Er bitte um Erläuterung.

Darüber hinaus seien in dem Bericht mögliche weitere S-Bahnhöfe auf dem Ring – Kieffholzstraße, Oderstraße und Tempelhofer Feld – benannt. Er bitte um die Vorlage von Kartenausschnitten, damit nachvollzogen werden könne, wo sich die möglichen Standorte genau befänden.

Dem Bericht habe er zudem entnommen, dass der Senat keine Planungen hinsichtlich eines Regionalbahnsteigs am Bahnhof Südkreuz verfolgt habe. Er habe nicht wissen wollen, ob der Senat diese Planung verfolge, sondern ob die DB AG beim Bau des Bahnhofs Südkreuz den späteren Einbau eines solchen Regionalbahnsteigs mitbedacht habe.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erwidert, dass die DB AG einen solchen Regionalbahnsteig nicht mitgeplant habe. – Den Bericht sage er für die Sitzung am 26. Mai 2021 zu.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2879 A zur Kenntnis.

Punkt 21 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 3-Ku – vom 26.11.2020 [1221 E](#)
Potsdamer Stammbahn und Lenkungsreis „i2030“ Haupt
Fortschrittsbericht 2. Halbjahr 2020
(Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 21.11.2018)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1221 E ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 22 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 3 – vom 03.12.2020 [2564 W](#)
Sachstand Heidekrautbahn Haupt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der SPD
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 28.10.2020)

Sven Heinemann (SPD) wirft die Frage auf, ob es einen Fortschritt bei den Gesprächen mit dem Bund hinsichtlich der Finanzierung gebe. Wenn nicht, seien zumindest bis zur Sommerpause Gespräche geplant? – In dem Bericht heiße es, angesichts der Pandemiesituation habe sich der Bezirk Pankow nicht in der Lage gesehen, die mit den Bahnübergängen zusammenhängenden Fragen zu klären. Er habe dafür kein Verständnis, sondern sei der Auffassung, dass der Bezirk jederzeit zu derartigen Abstimmungen bereit sein müsse. Er bitte darum, den Bezirk in die Verantwortung zu nehmen.

Torsten Hofer (SPD) kündigt an, die SPD-Fraktion wolle bis Freitag weitere Fragen zur Heidekrautbahn beim Ausschussbüro einreichen. – Der Presse habe er entnommen, dass die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn bis Wilhelmsruh doch nicht bis Ende 2023 erfolgen werde, sondern erst Ende 2024. Treffe dies zu, und wenn ja, was seien die Gründe dafür? Ihm habe die Niederbarnimer Eisenbahn mitgeteilt, dass der aufgestellte Zeitplan realistisch und einzuhalten sei.

Johannes Werner (CDU) interessiert, inwieweit bei neu errichteten ÖPNV-Strecken am Stadtrand zugleich Park-and-ride-Plätze errichtet würden.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erklärt, Park-and-ride-Plätze würden grundsätzlich berücksichtigt, lägen aber in der kommunalen Verantwortung. – Hinsichtlich der Finanzierungsvereinbarung zur Heidekrautbahn befinde man sich in intensiven Abstimmungen mit Bund und Bezirk. – Die Verzögerung bis ins Jahr 2024 hänge mit der Pandemie zusammen, weil Abstimmungen – auch mit Ingenieurbüros – nicht so schnell wie erwartet hätten durchgeführt werden können. Zudem befinde man sich in der Klärung der Finanzierung. Da Bundesmittel in Anspruch genommen werden sollten, habe die zehn Jahre alte Kosten-Nutzen-

Rechnung aktualisiert werden müssen. Insgesamt handele es sich um ein komplexes Objekt, das Zeit benötige.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht rote Nr. 2564 W sei zur Kenntnis genommen und der erbetene Bericht zur Sitzung am 26. Mai 2021 zugesagt.

Punkt 23 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	3312
Drucksache 18/3190	Haupt
Gesetz über die Errichtung einer Landesanstalt	UmVerk
Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB-Errichtungsgesetz	
– LSFBG)	

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3312 A](#), des Ausschusses UmVerk vom 04.03.2021 vor, die Vorlage zur Beschlussfassung mit Änderungen anzunehmen (einstimmig mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP bei Enthaltung AfD).

Vertagt zur Sitzung am 14. April 2021 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 24 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – IV C 53 – vom 18.02.2021	3441
Beschaffung von Elektrobussen und zugehöriger	Haupt
Infrastruktur	
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre	

Hendrikje Klein (LINKE) stellt die Frage, weshalb das bereitgestellte Geld erst im Jahr 2023 verausgabt werden solle. Sie bitte um eine genaue Auflistung der geplanten Mittelverausgabung. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass es Änderungen gegenüber den bisherigen Planungen gebe. Welche Folgekosten würden durch den Ankauf von Elektrobussen ausgelöst – beispielsweise für Betriebsbahnhöfe? Welche betrieblichen Mehrkosten entstünden, beispielsweise für personelle Mehrkosten aufgrund der Ladezeiten an den Endhaltestellen? Wie hoch sei der Mehrbedarf an Bussen aufgrund der Ladezeiten?

Carsten Ubbelohde (AfD) betont, seine Fraktion lehne die Anschaffung von E-Bussen ab, weil deren Technik nicht ausgereift sei, deren Anschaffungskosten etwa doppelt so hoch wie bei Dieselmotoren, ihre Reichweite geringer und keine Verlässlichkeit in den Wintermonaten vorhanden seien. Darüber hinaus seien die Busse nicht emissionsfrei, da der für den Betrieb benötigte Strom zumeist aus fossilen Brennstoffen gewonnen werde.

Sven Heinemann (SPD) bittet darum, dass schriftlich berichtet werde, wie die Bilanz der E-Busse unter Winterbedingungen ausgesehen habe. Welche Rückschlüsse ziehe die BVG aus den Erfahrungen? Müssten Veränderungen vorgenommen werden und wenn ja, was würde eine Aufrüstung kosten?

Sibylle Meister (FDP) vertritt die Auffassung, die Technik der E-Busse lasse noch zu wünschen übrig. Insgesamt halte die FDP-Fraktion es aber für geboten, bei der Anschaffung von E-Bussen in Teilschritten voranzugehen. Sie bitte darum, den erbetenen Bericht um den Aspekt notwendige Ladeinfrastruktur zu ergänzen. Welche Ladeinfrastruktur werde noch geplant? Welche Standorte würden dafür geplant?

Frank-Christian Hansel (AfD) bekräftigt, in der Sache handele es sich um einen grün-linken ideologischen Traum, den sich Berlin nicht leisten könne.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) weist darauf hin, dass die Ursprungsplanungen aus dem Jahr 2018 stammten, sich seitdem aber technischer Fortschritt ergeben habe. Daraufhin sei umgeplant worden, sodass jetzt größere Busse angeschafft würden. – Die einzelnen Maßnahmen würden in den nächsten Monaten ausdifferenziert. Grundsätzlich gehe es um Ladeinfrastruktur auf zwei Betriebshöfen. Ausführlich werde dieses Thema in dem erbetenen Bericht dargestellt.

Ein Hersteller von E-Bussen habe Probleme mit der Reichweite seiner Batterien gehabt. Die Leistung sei nicht so erbracht worden, wie zugesagt. Die BVG befinde sich mit dem Hersteller in Gesprächen, der verpflichtet sei, die Mängel abzustellen. Generell befinde man sich noch in der Gewährleistung, sodass kein zusätzliches Geld gezahlt werden müsse. Auch auf diesen Aspekt werde er in dem erbetenen Bericht eingehen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbeten Bericht zugesagt sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3441 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 25 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 19.02.2021
BVG-Fahrzeugvergabe
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 20.01.2021)
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)

[2564 Y](#)
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage

Vertagt – siehe „2. Mitteilung zur Einladung“.

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, die CDU-Fraktion bitte um die Vorlage der operativen Werkstattlisten von allen drei Betriebswerkstätten jeweils zum Stichtag Ende des Monats der letzten zwei Jahre, sowie Beantwortung der Frage, welche Veränderungen es am U-Bahnfahrplan seit dem Jahr 2018 gegeben habe.

Kultur und Europa – 08

Punkt 26 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – LDA Dir – vom 05.02.2021
**Zentrale Vorsorge für die Kofinanzierung von
Bundesmitteln
hier: Projektfortschritt**
gemäß Auflage B. 53 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

[3401](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) wünscht, dass zur Sitzung am 9. Juni 2021 berichtet werde, wie schnell das Landesdenkmalamt angesichts der Vielzahl von Baudenkmälern in der Lage sei, die Bewertung eines Gebäudes vorzunehmen. Wie sähen Auftragsvolumen und Bearbeitungsstand aus? Wie sehe die personelle Ausstattung aus?

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa) fragt, ob es in der Sache um den Prozess der denkmalrechtlichen Bewertung eines gegebenen Gebäudes gehen solle.

Christian Goiny (CDU) bestätigt dies, wobei er die Frage nicht nur auf Gebäude beziehe, sondern auch auf Flächen. Wie viele dieser Denkmäler seien bereits abschließend bearbeitet? Gebe es eine Liste noch zu bearbeitender Gebäude/Flächen? Gebe es eine Prioritätenliste? Sei die Arbeit mit dem vorhandenen Personal zu erledigen?

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa) sagt zu, dass der erbetene Bericht zur Sitzung am 9. Juni 2021 vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3401 zur Kenntnis.

Punkt 27 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I A Gat – vom 09.03.2021
**Förderung von Kultureinrichtungen im Rahmen der
Soforthilfe IV
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021)

[3019 C](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3019 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 28 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 05.03.2021
**Durch Vivantes geltend gemachte Kosten für den
Betrieb des CBZ**
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021)

[2977 B](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, inwieweit Leasingmöglichkeiten infrage gekommen seien und wenn nicht, woran dies gelegen habe. Hätte Vivantes die Verträge abschließen können, wenn ein Leasingmodell daran gescheitert sei, dass der Senat nicht leasen dürfe? Wie und durch wen würden die angeschafften Ausstattungsgegenstände weitergenutzt und wem gehörten sie am Ende?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) erinnert daran, unter welchem Zeitdruck das Corona-Behandlungszentrum – CBZ – errichtet worden sei. Gleichwohl sei darauf geachtet worden, mit Leasing- und Mietmodellen zu arbeiten, sofern dies möglich gewesen sei, um die Kosten zu minimieren. Beispielsweise seien die verbauten Traversen gemietet und nicht gekauft worden. Für die medizinische Ausstattung könne er dies auf Zuruf im Einzelnen nicht darstellen. Die Betten seien gekauft worden, weil diese dem Betreiber des CBZ, der Vivantes GmbH, zur weiteren Nutzung überlassen würden. Es sei vorgesehen, alle medizinischen Gegenstände an den Betreiber weiterzugeben. Er erinnere daran, dass es nicht einfach gewesen sei, überhaupt einen Betreiber für das Zentrum zu finden.

Sebastian Walter (GRÜNE) bekundet, die Erläuterung seien für ihn plausibel, dennoch wünsche er angesichts der Höhe der benötigten finanziellen Mittel, dass nach der Sommerpause berichtet werde, wie mit den angeschafften Gegenständen nach der Schließung des CBZ konkret verfahren werden solle. Er vermute, dass Vivantes nicht alles benötige, weshalb er wissen wolle, ob einzelne Gegenstände weiterveräußert, eingelagert oder als Vorsorge für eine Pandemie vorgehalten würden.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) weist darauf hin, dass es sinnvoll wäre, dann zu berichten, wenn das CBZ abgebaut und die Gegenstände zur weiteren Verwendung verteilt worden seien. Aus heutiger Sicht sei es schwierig, den Zeitpunkt konkret zu benennen.

Sebastian Walter (GRÜNE) erwidert, angesichts des Ablaufs der Legislaturperiode könne der Berichtstermin nicht unbegrenzt nach hinten geschoben werden. Er schlage deshalb als Berichtstermin den September vor.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbetene Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 8. September 2021 zugesagt und der Bericht rote Nr. 2977 B zur Kenntnis genommen sei.

Punkt 29 der Tagesordnung

Zwischenbericht SenGPG – I B 41 – vom 18.02.2021
**Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus
dem Rahmenfördervertrag mit den
Wohlfahrtsverbänden
hier: IGPP**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)

[2915 D](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) schlägt vor, dem Wunsch nach Änderung des Berichtsdatums solle mit der Maßgabe entsprochen werden, dass zur Sitzung am 25. August 2021 berichtet werde.

Andreas Statzkowski (CDU) erklärt, er schließe sich diesem Vorschlag an.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass auf Abläufe geachtet werde. In einigen Fällen, in denen schriftliche Nachfragen angekündigt worden seien, seien im Anschluss völlig neue Berichtsaufträge im Beschlussprotokoll aufgetaucht. Er bitte darum, sich daran zu halten, lediglich Nachfragen zu stellen. Zu völlig neuen Berichtsaufträgen müsse sich der Ausschuss verhalten können, was bei dem von ihm geschilderten Weg nicht machbar sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2915 D zur Kenntnis und stimmt der Änderung des Berichtsdatums mit der Maßgabe zu, dass rechtzeitig zur Sitzung am 25. August 2021 berichtet werde.

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I E 1.10 / I E 1.11 – vom 17.02.2021
**Fast-Track-City-Initiative sowie Modellprojekt
PrEP und Errichtung des Checkpoint BLN**
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020
und aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

[2766 D](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) betont, er danke ausdrücklich für den umfangreichen Bericht, der auch für den Hauptausschuss die Thematik aus fachlicher Perspektive darstelle. – Hinsichtlich des Checkpoints BLN bitte er darum, dass die Kosten für die Einzelmaßnahmen – Testung, Beratung, medizinische Behandlungen usw. – des Checkpoint von 2018 bis heute aufgelistet würden. Er habe bereits einen solchen Berichtsauftrag versucht auszulösen, sei bei dessen Formulierung aber offenbar zu unpräzise gewesen.

Andreas Statzkowski (CDU) wünscht, dass in dem Folgebericht auch darauf eingegangen werde, welche Auswirkungen die Coronapandemie für die Arbeit des Checkpoint habe. Aus dem Bericht rote Nr. 2766 D habe sich ihm nicht erschlossen, was es mit dem Einsatz der vorhandenen Mitarbeitenden des Checkpoints an anderer Stelle auf sich habe. Seien die Personen in die bezirklichen Gesundheitsämter gegangen, um dort die Pandemie zu bekämpfen?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) vermisst in dem Bericht eine Aussage, welche inhaltlichen Schwerpunkte im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2022/23 gesetzt werden sollten. Sie bitte darum, diesen Aspekt in den Bericht zu integrieren.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) sagt zu, dass über alle aufgeworfenen Fragen berichtet werde, wobei er die Einschränkung mache, dass es schwierig sein werde, über kommende Haushalte zu berichten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2766 D zur Kenntnis.

Punkt 30 A der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – II C 2 – vom 11.03.2021	3445
Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung von	Haupt
Notfallpflegeeinrichtung: Vivantes Forum für	
Senioren	
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz	
2020/2021	

Andreas Statzkowski (CDU) betont, seine Fraktion werde der Entnahme aus der Rücklage zustimmen, weil sie diesen Schritt für richtig erachte.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3445 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 30 B der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------------------|
| a) | Schreiben SenGPG vom 15.03.2021 | 3449 |
| | Umsetzung der Maßnahme Beschaffung von | Haupt |
| | Schnelltests des Berliner Schutz-Testkonzepts im | |
| | Rahmen des Berliner Schutz-Testkonzepts | |
| | gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz | |
| | 2020/2021 | |
| b) | Austauschseite SenGPG zur roten Nummer 3449 | 3449-1 |
| | Austauschseite: Seite 2 | Haupt |
| | (als Tischvorlage verteilt) | |

Christian Goiny (CDU) wirft die Frage auf, mit wem die Teststrategie flächendeckend umgesetzt werden solle. Mittlerweile gebe es 16 Testzentren plus zusätzliche Möglichkeiten, Tests in Apotheken durchzuführen. Er wolle wissen, wie die Teststrategie für die Allgemeinheit ab April konkret aussehen solle. Wie könne diese so ausgestaltet werden, dass sich daraus weitere Nutzungsmöglichkeiten – Friseurbesuch, Einkäufe in Geschäften – ergäben? Werde in Berlin eine derartige Kombination ebenfalls angedacht? Er glaube, dass es Testmöglichkeiten in der Nachbarschaft geben müsse, damit die Bevölkerung von dieser Möglichkeit auch Gebrauch mache. Zu wann könne der Bericht fortgeschrieben werden?

Sibylle Meister (FDP) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, die Arbeit der Testzentren solle durch Test-to-go-Stationen ergänzt werden. Genannt würden Apotheken, Arztpraxen und private Anbieter. Sie interessiere, wie sich der Stand hinsichtlich der privaten Anbieter darstelle. Ihrer Ansicht nach müsse jeder schnell und mit wenig Aufwand an einen Test gelangen können, der es ermögliche, anschließend in eine Kultureinrichtung oder ein Restaurant zu gehen. – Sie habe nicht verstanden, für welche Summe jetzt Tests beschafft würden: 45 Mio. Euro oder 54 Mio. Euro? Seien die 54 Mio. Euro für Tests in den Testzentren vorgesehen?

Andreas Statzkowski (CDU) beantragt, dass in dem erbetenen Bericht auch auf die Aspekte Stand der Erweiterungen der Testmöglichkeiten, Entwicklung der Fallzahlen der Getesteten pro Teststelle sowie Entwicklung der Laborkapazitäten eingegangen werde. Sei es gelungen, die Laborkapazitäten auszuweiten? – Wo könne man eine Übersicht über die vorhandenen Teststellen erhalten?

Stefan Ziller (GRÜNE) betont, die Verfügbarkeit der Antigentests sei ein entscheidender Schritt, um hin zu Öffnungen zu kommen. Wenn sich alle zwei- bis dreimal pro Woche testen ließen, gebe es ein Sicherheitsnetz, um belastbar öffnen zu können. In diesem Zusammenhang habe die Ministerpräsidentenkonferenz auf die Rolle von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern hingewiesen. Er appelliere an diese, den Mitarbeitenden mindestens einen Test pro Woche zu ermöglichen. – Wie sehe es diesbezüglich in der Berliner Verwaltung aus?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt, ob es Überlegungen gebe, die Tests komplett auf Private und Apotheken zu übertragen, um die Testzentren dann zu schließen. Sie könne sich vorstellen, dass die private Variante günstiger wäre anstatt als Staat selbst zu agieren.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) berichtet, es bestehe eine Kapazität, um gut 68 000 Tests täglich anbieten zu können, was 476 000 Schnelltests pro Woche bedeute. Somit könnten pro Tag so viele Schnelltests durchgeführt werden wie bislang PCR-Tests pro Woche. Im vergangenen Sommer hätten nur Antikörpertests und Schnelltests, die vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte noch nicht zugelassen gewesen seien, zur Verfügung gestanden. Bei der Zulassung gehe es nicht nur um bürokratische Prozesse, sondern auch um Fehlerquoten.

Die Infektionsschutzverordnung lasse es zu, dass im Einzelfall Veranstaltungen durchgeführt werden könnten, bei denen die in der Verordnung genannten Personenobergrenzen nicht eingehalten werden müssten. Deshalb werde es einige wenige Kulturveranstaltungen geben, die mit einer Schnelltestpflicht verbunden seien. Dies ändere nichts an den Hygienekonzepten in den Innenräumen. Die mögliche Fehlerquote der Schnelltests müsse zur Folge haben, dass weiter Abstände eingehalten und Masken getragen würden sowie ein Wegeleitsystem sowie raumluftechnische Anlagen vorhanden seien.

Für die Inanspruchnahme bestimmter Einrichtungen müsse ein negativer taggleicher Schnelltest vorgelegt werden, im besten Fall sollten nur einige Stunden zwischen Test und Event liegen. Auf der Webseite www.test-to-go.berlin seien die Teststellen aufgelistet. Derzeit gebe es 136 zertifizierte Test-to-go-Stellen, wozu beispielsweise Apotheken oder private Anbieter gehörten. Der Senat müsse sicherstellen, dass eine Kontrolle darüber bestehe, wo ein Test

gemacht werden könne, damit er an anderer Stelle quasi als Eintrittskarte gelten könne. Dafür bedürfe es einer gewissen Professionalität der Testenden. Selbsttests unter Aufsicht könnten nicht als Eintrittskarte für irgendetwas anderes gelten.

Es werde ein Vergabeverfahren mit verschiedenen Losen geben, womit verschiedene Teile der in der Vorlage beschriebenen Infrastruktur vergeben werden sollten. Der Bund habe festgelegt, dass es kostenlose Tests geben solle, habe das Thema dann aber den Ländern quasi vor die Füße geworfen. Deshalb habe erst vor einer Woche ein Senatsbeschluss gefasst werden können, mit dessen Hilfe versucht werde, die Bundesvorgaben umzusetzen. Es sollten 12,58 Millionen Tests von zwei verschiedenen Herstellern beschafft werden, was mit 45 Mio. Euro zu Buche schlage. Die Ausgaben für die Testinfrastruktur summierten sich auf 54,4 Mio. Euro, worin auch die Kosten für die PCR-Tests enthalten seien, die für Nachtestungen benötigt würden. Es müsse damit gerechnet werden, dass es durch den erhöhten Einsatz von Schnelltests zu vermehrten positiven Ergebnissen kommen werde. Dies bedeute nicht automatisch, dass sich die Inzidenz signifikant erhöhe, sondern zunächst nur, dass es aufgrund der falsch-positiven Ergebnisse der Schnelltests zu einem erhöhten Aufkommen an PCR-Tests kommen werde, um zu verifizieren, dass der falsch-positive Schnelltest zu einem negativen Schnelltest führe. Selbstverständlich werde es bei positiven Schnelltestergebnissen auch zu Bestätigungen durch PCR-Tests kommen. Derzeit seien 6 bis 7 Prozent der PCR-Tests positiv. Er gehe keinesfalls davon aus, dass sich dieser Wert auch für die Gesamtbevölkerung so darstellen werde. Eine Studie der Charité besage, dass es bislang etwa doppelt so viele Infektionen gegeben habe, wie durch PCR-Tests nachgewiesen.

Aufgrund der Zertifizierungsmöglichkeit könne das System ausgeweitet werden; der Senat müsse die Testungen also nicht in Eigenregie durchführen. Der Bund habe zugesagt, dass die Testkosten über die Kassenärztlichen Vereinigungen – KV – abgerechnet werden könnten. Dies bedeute in der Sache, dass die KV auch Abrechnungen mit Partnern vornehmen müsse, mit denen sie noch nie zusammengearbeitet habe. Er erwarte deshalb eine gewisse Unruhe. Auf die Einzelheiten der Refinanzierung habe sich der Bund noch nicht festgelegt.

Es wäre hilfreich, wenn die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen ein möglichst niedrigschwelliges Schnelltestangebot für ihre Beschäftigten vorhielten. Rechtlich sei davon auszugehen, dass mittels der Infektionsschutzverordnung keine Testpflicht verankert werden könne – anders als in der Altenpflege, für die in der Pflegeverordnung eine verpflichtende Grundlage geschaffen worden sei, weil es in der Sache um besonders vulnerable Gruppen gehe. Hauptengpass sei nicht die Anzahl von Schnelltests, sondern das dafür notwendige Fachpersonal. In der Regel brächten die mit den Tests beauftragen Servicepartner die Tests mit.

Andreas Statzkowski (CDU) wirft die Frage auf, wie es beurteilt werde, wenn an Schulen die Schnelltests, die eigentlich durch medizinisches Fachpersonal angewandt werden sollten, mit der Maßgabe verteilt würden, dass das Personal sich zu Hause testen solle.

Christian Goiny (CDU) fragt, ob es Institutionen oder Einrichtungen gebe, die Schnelltests durchführen wollten, noch auf eine Freigabe durch SenGPG warteten. – Darüber hinaus interessiere ihn, ob in Berlin die Virenlast im Abwasser gemessen werde und wenn ja, mit welchen Ergebnissen. Wo würden die Ergebnisse veröffentlicht?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) bedauert, dass er die Fachfrage nach den Abwassertests nicht beantworten könne. Er wisse, dass solche Tests durchgeführt würden, wisse aber nicht, wer sie vornehme und ob und wo die Ergebnisse veröffentlicht würden. – Hinsichtlich der Tests gebe es zwei Säulen: zum einen die von SenGPG direkt beauftragten Teststellen sowie diejenigen, die sich hätten zertifizieren lassen. Bei den zertifizierten Teststellen gehe er davon aus, dass es sich um einen laufenden Prozess handle. Jeder, der mitmachen wolle, könne sich melden und zertifizieren lassen.

Darüber hinaus sei eine Vergabe geplant, die parallel vorbereitet worden sei, die sich auch auf den Betrieb von mobilen und stationären Teststellen beziehe. An dieser Vergabe könnten sich Unternehmen beteiligen, die noch mitmachen wollten, da heute erst die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen würden.

Wie in den Schulen im Einzelnen getestet werde, sollte bei SenBildJugFam erfragt werden. Grundsätzlich seien für die Schulen zwei Produkte erworben worden, die unmittelbar vor bzw. in der Zulassung als Selbsttests gewesen seien, die also für eine Selbstanwendung geeignet seien, sofern man dafür geschult sei. Die Schulungen bei Schule hätten stattgefunden. Von der Beschaffenheit her könnten die Tests an jedem Ort und auch im Selbsttestverfahren angewendet werden.

Christian Goiny (CDU) erläutert, es bestehe ein Interesse daran, festzustellen, wie und wo sich das Virus verbreite. Das habe eine individuelle Komponente, auf die mit Schnelltests reagiert werde, über die Untersuchung des Abwassers hingegen könne man über die Virenlast insgesamt etwas herausfinden. Wenn es diese Messungen in Berlin bislang nicht gebe, sei die Frage, was deren Einführung kosten würde. Er bitte darum, die Antwort auf diese Frage nachzureichen.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) sagt zu, er werde der Sache nachgehen. Es könne sein, dass derartige Messungen längst durchgeführt würden, er könne dies aber nicht mehr in dieser Sitzung rückmelden.

Auf die Frage von **Christian Goiny** (CDU), zu wann die Information nachgereicht werden könne, antwortet **Staatssekretär Martin Matz** (SenGPG) er könne die Antwort heute oder morgen direkt geben, auch ohne Berichtsauftrag.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3491/3491-1 mit Hinweis auf den Beschluss bei Tagesordnungspunkt 2 – Maßnahme 15 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 17.13 Uhr bis 17.30 Uhr]

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 31 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – ZS B – vom 11.03.2021
**Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung
verschiedener Maßnahmen zum Gesundheitsschutz
in Schulen und Kitas sowie besonderer schulischer
Lernangebote**
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021

[3442](#)
Haupt

Thorsten Weiß (AfD) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, dass weitere 6 Mio. Euro für die Beschaffung von Luftreinigungsgeräten vorgesehen seien. In den Vorlagen werde immer nur auf Anschaffungskosten abgehoben. Ihn interessiere, in welchem Umfang mit Folgekosten – Wartung, Filterwechsel etc. – gerechnet werde und wie diese kalkuliert würden. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) äußert, sie bitte um einen Bericht zu einer der Sitzungen im April darüber, welche Auswirkungen das mit dem Bund verhandelte sogenannte Nachholpaket für Berlin habe. Wie sollten bereits vorhandene Maßnahmen wie Ferienschulen oder Lernbrücken dann abgerechnet werden? Könnten sie auf den Kofinanzierungsteil angerechnet werden? Müssten neue Maßnahmen aufgelegt werden, anstatt die bereits bestehenden auszubauen?

Christian Goiny (CDU) fragt, wann alle Luftreinigungsgeräte geliefert seien, ob es Empfehlungen für die Schulen gebe, wie und wo die Geräte aufgestellt werden sollten und ob es einen Überblick darüber gebe, wie viele dieser Geräte über schulische Fördervereine angeschafft worden seien und wie und wo diese eingesetzt würden im Zusammenspiel mit den Luftfiltergeräten, die über die BIM beschafft worden seien. Der Frage nach der Wartung schließe er sich an.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) wendet sich der Aussage in dem Bericht zu, SenBildJugFam wolle genau beobachten, wie sich der Verbrauch von Schnelltests in den nächsten Wochen entwickele. Wenn die Schülerinnen und Schüler die Tests mit nach Hause nähmen und sich dort testeten, wie solle dann die Beobachtung konkret aussehen? Ihrer Ansicht nach könne dann gar nicht überprüft werden, wer wie viele Tests mache.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, derzeit finde ein Gespräch zwischen BIM und Bezirksstadträtinnen und -stadträten zum Thema Luftreinigungsgeräte statt, in dem es auch um die Folgekosten gehe. Somit müsse das heutige Gespräch abgewartet werden, bevor sie darüber schriftlich berichten könne.

Der erste Tranche mit 1 537 Geräten sei nahezu vollständig ausgeliefert, in einem Bezirk fänden noch Auslieferungen bis Ende der 12. Kalenderwoche statt. Die zweite Tranche mit 2 696 Geräten befinde sich derzeit gerade in der Auslieferung. – Sie begrüße es, wenn Fördervereine Luftreinigungsgeräte anschafften und hoffe, dass die Stadträtinnen und -räte dem ebenso offen gegenüberstünden wie sie, wisse aber aus Rückmeldungen, dass dies unter-

schiedlich gehandhabt werde. Für die Geräte seien klare Kriterien hinsichtlich Lautstärke, Luftumwälzung und anderem mehr festgelegt worden, die eingehalten werden müssten.

Derzeit fänden Gespräche mit dem Bund und den anderen Bundesländern zur Thematik Lernrückstände statt. Sie bitte deshalb darum, erst Ende April berichten zu dürfen. Berlin sei mit den Lernbrücken ganz gut aufgestellt, die es zu verstetigen gelte. Was der Bund beschließen werde und ob die avisierte Summe von 1 Mrd. Euro tatsächlich bestätigt werde, sei derzeit noch unbekannt.

Derzeit würden die ausgelieferten Schnelltests an den Schulen erfasst. Dafür sei eine Abfragedokumentation erstellt worden, die nur erfassen könne, wie viele Tests an die Schülerinnen und Schüler ausgereicht worden seien. Es gebe kein Controlling, ob die Tests zu Hause tatsächlich angewendet worden seien. Allerdings seien diesbezüglich zahlreiche Werbemaßnahmen gestartet worden. Sie rate, die Webseite www.einfach-testen.berlin anzusehen, auf der verschiedene Anleitungsvideos zu sehen seien sowie Piktogramme in elf verschiedenen Sprachen. Die Schulen seien über dieses Angebot informiert worden, Eltern und Schülerschaft sollten diesbezüglich noch angeschrieben werden. SenBildJugFam könne nur darauf vertrauen, dass die ausgereichten Selbsttests wirklich angewandt würden.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde bis Freitag weitere Fragen beim Ausschussbüro einreichen. – Er würde es begrüßen, wenn der Bericht so früh wie möglich vorgelegt werde.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass die Verhandlungen mit dem Bund derzeit noch liefen, weshalb sie die Sitzung am 28. April als Berichtstermin vorziehen würde.

Vorsitzende Franziska Becker hält im Einvernehmen mit der CDU-Fraktion fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 28. April 2021 zugesagt sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3442 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 32 der Tagesordnung

- a) Schlussbericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 18.01.2021 [3328 A](#)
Breitbandausbau an den Berliner Schulstandorten
gemäß Auflage B. 75 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Haupt
- b) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 23.02.2021 [3338 C](#)
Digitalisierung der Schulen
hier: Beantwortung der Nachfragen der Fraktion
der CDU, der Fraktion Bündnis 90 / Grünen und der
Fraktion der FDP
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 20.01.2021)
Haupt

Stefanie Remlinger (GRÜNE) dankt ausdrücklich dafür, dass es gelungen sei, den Breitbandausbau an den Schulen nachhaltiger, schneller und effizienter zu gestalten. – Gleichwohl bitte sie um einen Anschlussbericht – wobei sich die Berichtsbitte an den gesamten Senat richte und sie davon ausgehe, dass die Berichtspflicht künftig von SenBildJugFam auf SenInnDS übergehen werde – möglichst zur Sitzung am 26. Mai über das zwischen IKT-Steuerung und SenBildJugFam zu klärende Zielbild für die IKT an den Berliner Schulen. Darüber hinaus bitte sie um eine Darstellung auf der Basis des Campus-Konzepts hinsichtlich des Ausbaus: Wie weit seien welche Bildungsstandorte vom bisherigen Landesnetz entfernt? Welche Auswirkungen habe dies für die Reihenfolge der Anschlüsse? Könne bereits dargelegt werden, in welchen Jahresscheiben die Anbindungen erfolgen sollten? Zudem bitte sie um Darstellung, in welchem Umfang Bibliotheken und Volkshochschulen an das Glasfasernetz angeschlossen seien. Sollten sie generell in das Campuskonzept einbezogen werden? Zudem sollten die Bezirke eine Planung darüber vorlegen, wann, in welchen Schritten und mit welcher Strategie die Schulgebäude verkabelt werden sollten. – Die Maßnahmen müssten gut ineinandergreifen, denn es seien Glasfaser und Verkabelung notwendig, um zu leistungsfähigen Internetanbindungen für die Berliner Schulen zu kommen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bezieht sich darauf, dass die Kick-off-Veranstaltung am 1. März habe stattfinden sollen. Habe sie stattgefunden und befinde man sich im Terminplan? – Nach dem Zuschlag für einen Bieter sollten pro Jahr 250 Schulstandorte angeschlossen werden. Sei dies realistisch? Werde im Haushaltsplan 2022/2023 jeweils der Anschluss von 250 Schulstandorten pro Jahr ebenfalls berücksichtigt?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) trägt vor, mit SenInnDS sowie dem ITDZ sei ein Zeit-Maßnahme-Plan verabredet worden, der vorsehe, dass das Zielbild im Juni finalisiert werden solle. Deshalb schlage sie vor, erst danach zu berichten. – Die Kick-off-Veranstaltung habe stattgefunden, allerdings befinde man sich in einer neuen Situation. Der mit dem ITDZ abgeschlossene Ausschreibungsservice werde derzeit in einen Rahmenvertrag umgewandelt. Dieser werde vom ITDZ gehalten, SenBildJugFam werde sich dann daraus bedienen und Breitband abfordern. Die Zahl von 250 Standorten beruhe auf einer zuvor statt-

gefundenen Abfrage bei verschiedenen Carriern, die der Auffassung gewesen seien, dass dies machbar sei.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 3328 A und 3338 C zur Kenntnis.

Punkt 33 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenBildJugFam – V A 23 – vom
22.09.2020

**Wirtschaftlichkeit der Kita-Eigenbetriebe und
Bericht zu Instandhaltungs- und Erhaltungskosten**
gemäß Auflage B. 63 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 und Berichtsauftrag aus der
50. Sitzung vom 21.08.2019

[0489 H](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Mitberaten wird:

- a) Bericht BA Treptow-Köpenick – SE PFin H – vom
28.09.2020

**Wirtschaftsplan 2021 für den Kita-Eigenbetrieb
SüdOst**
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3167](#)
Haupt

- b) Bericht BA Pankow – BzBm – vom 09.11.2020
Wirtschaftsplan 2021 für den Kita-Eigenbetrieb

Kindergärten NordOst
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3230](#)
Haupt

- c) Bericht BA Charlottenburg-Wilmersdorf – Fin 1 – vom
04.12.2020

**Kindertagesstätten Berlin Northwest Eigenbetrieb
von Berlin**
hier: Wirtschaftsplan 2021
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3309](#)
Haupt

- d) Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – Haush 5 – vom
09.02.2021

Kita-Eigenbetrieb – Kindergärten City
hier: Wirtschaftsplan 2021
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3259 A](#)
Haupt

(a) bis d) in der 86. Sitzung am 03.03.2021 zur Sitzung
am 17.03.2021 zurückgestellt)

- e) Bericht BA Tempelhof-Schöneberg – BzBm – vom [3443](#)
10.03.2021 Haupt
**Kindertagesstätten Berlin Süd-West Eigenbetrieb
von Berlin**
hier: Wirtschaftsplan 2021
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, die Koalitionsfraktionen schlugen vor, den Tagesordnungspunkt aufzurufen und Fragen zu stellen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde bis Freitag schriftliche Fragen beim Ausschussbüro einreichen.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0489 H, 3167, 3230, 3309, 3259 A und 3443 zur Kenntnis.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 34 der Tagesordnung

- Bericht SenIAS – I AbtL 1 – vom 15.02.2021 [2919 A](#)
Umsetzung der zusätzlichen Mittel bei den einzelnen Haupt
Dienstleistungsprojekten
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, um welche notwendigen Abstimmungen mit weiteren Stakeholdern es sich handle und wer zu den Stakeholdern gehöre. Gebe es eine Bedarfsberechnung? Eine solche sollte im Vordergrund stehen, wenn das Berufsbild „Integrationslotse“ etabliert werden solle.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) erinnert daran, es gebe bereits seit mehreren Legislaturperioden Debatten über ein solches Berufsbild. Man habe an vielen Stellen erlebt, wie wichtig Integrationslotsinnen, Stadtteilmütter und Ähnliche seien, weil sie dabei hülften, Menschen den Zugang in das Regelsystem zu ermöglichen. Gerade in Berlin, aber auch bundesweit, gebe es seit Langem eine Debatte über ein entsprechendes Berufsbild. Diesen Debatten sei jeweils mit Ablauf der Legislaturperiode ein Ende gesetzt worden. Das Land Berlin könne durchaus selbst ein Berufsbild schaffen, das dann aber nur hier gälte, schon im Land Brandenburg nicht mehr. Aufgrund von Gesprächen mit Trägern, Behörden und Vertretern des Berufsbildungsinstituts sei man zu der Ansicht gelangt, dass vieles dafür spreche, zu einem bundesweiten Berufsbild zu kommen, weil es einen bundesweiten Bedarf gebe. Da es in der Sache aber nicht vorangehe, halte sie es für geboten, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll sei für Berlin – möglicherweise gemeinsam mit dem Land Brandenburg – ein solches Berufsbild zu schaffen.

Bedarf gebe es auf jeden Fall. Berlin sei eine Stadt mit Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern, die sich bei ihrer Ankunft mit dem System nicht auskennen und in unter-

schiedlichem Maße Hilfe und Unterstützung benötigten. Deshalb sei der Bedarf an Integrationslotsinnen sehr groß. Gerade jetzt in der Pandemie habe man festgestellt, dass die Berliner Gesundheitsämter nicht mit allen Personen kommunizieren und sie informieren könnten.

Bedarf gebe es im Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch im Bildungsbereich. Mit dem Träger SprInt, der über die meisten Erfahrungen verfüge, gebe es Auswertungen und Gespräche. Sie halte es für notwendig, nicht mehr weiter nur zu diskutieren, sondern konkret zu gucken, wie ein solches Berufsbild eingeführt werden könne, womöglich zunächst über Modellprojekte.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt hinsichtlich des Landesprogramms Video- und Audiodolmetschen, was in diesem Jahr noch geschehen solle, nachdem zunächst lediglich eine Vorstudie beauftragt werden solle. Sei es realistisch, dass die eingestellten Haushaltsansätze noch abgerufen würden? Der Bericht besage, es solle eine Vergabe im zweiten Quartal erfolgen und Ergebnisse noch in diesem Jahr vorliegen. Wäre es sinnvoll einen Folgebericht zur letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode anzufordern? Werde SenIAS dieses Projekt für den Haushalt 2022/2023 anmelden?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) berichtet, dass ein Vergabeverfahren vorbereitet werde. Sollte dieses erfolgreich sein, sei sie zuversichtlich, dass im 3. oder 4. Quartal erste Ergebnisse vorlägen. Derzeit fänden Verhandlungen mit SenFin über den Haushaltsplanentwurf 2022/2023 statt, vonseiten SenIAS sei Video- und Audiodolmetschen vorgesehen. Sie gehe davon aus, dass Video- und Audiodolmetschen für viele Behörden eine Vereinfachung der Arbeit darstelle. – Das LAGeSo verfüge über Erfahrungen mit Gebärdendolmetschern per Video.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass zur Sitzung am 8. September 2021 ein Bericht vorgelegt und der Bericht rote Nr. 2919 A zur Kenntnis genommen sei.

Punkt 35 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II B 21 – vom
04.03.2021

Unterbringung von Geflüchteten

Zustimmung zur Verlängerung eines Mietvertrages
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3439](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3439 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 36 der Tagesordnung

Zwischenbericht SenIAS – III E 1.4 – vom 09.03.2021

[3383 A](#)

3. Rahmenfördervertrag: Berichterstattung über die Sitzungen des Kooperationsgremiums im Integrierten Sozialprogramm

Haupt

1. Kenntnisnahme

2. Fristverlängerung für den Bericht über die Sitzung des Kooperationsgremiums zum IFP STZ vom 17.03.2021 bis zum 04.08.2021

3. Bitte um Änderung des Berichtsauftrages

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Zwischenbericht rote Nr. 3383 A zur Kenntnis genommen und der Bitte um Änderung des Berichtsauftrags mit der Maßgabe entsprochen werde, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 25. August 2021 vorgelegt werde.

Punkt 36 A der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[3446](#)

Hintergründe aufklären, Schaden wiedergutmachen und Förderpolitik künftig neu ausrichten: In welchem Umfang wurde bestehendes Haushaltsrecht bei der Fördermittelvergabe an das Projekt „Berlin hilft“ gebrochen?

Haupt

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

in Verbindung mit

Punkt 36 B der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenIAS – ZS AbtL (V) – vom 15.03.2021

[3448](#)

Unregelmäßigkeiten im Rahmen einer Zuwendung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Haupt

Vertrauliche
Beratung

(unaufgefordert vorgelegt)

in Verbindung mit

Punkt 36 C der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 18/3479

[3452](#)

Haupt

**Missbilligung der Senatorin Breitenbach und des
Staatssekretärs Tietze wegen der rechtswidrigen
Förderung des Stadtteilzentrums Steglitz –
Hintergründe aufklären, Schaden wiedergutmachen
und Förderpolitik künftig neu ausrichten**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/3479-1

[3452-1](#)

Haupt

Protokollierung siehe gesondertes Wortprotokoll.

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 37 der Tagesordnung

- a) Zwischenbericht SenStadtWohn – Z F 3 – vom
20.10.2020
Schaffung von Wohnraum – Bericht 2020
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
m.d.B. um Fristverlängerung bis Ende November 2020
- b) Bericht SenStadtWohn – IV A 14 – vom 02.11.2020
Schaffung Wohnraum
**1. Korrigierte Fassung der Tabelle 5 der Anlage zum
Schreiben 0425 G**
2. Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsaufträge aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020
und aus der 80. Sitzung vom 28.10.2020)
- c) Vertraulicher Bericht SenStadtWohn – IV A 14 – vom
02.03.2021
Schaffung Wohnraum
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021)

[0425 H](#)

Haupt

[0425 I](#)

Haupt

[0425 J](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Vertagt zur Sitzung am 14. April 2021 – siehe auch „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 38 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.